

Danziger Zeitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 371.

Nr. 22989.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengezeigte gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit.

In der Reichstagscommission für die Militärstrafprozeßordnung ist es bereits zu grundsätzlichen Erörterungen und zu bedeutungsvollen Abstimmungen über die Ausdehnung und die Begrenzung der Militärgerichtsbarkeit gekommen. Der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf hat wider Erwarten die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit nicht eingengt, sondern erweitert, wogegen sich in der Commission entschiedener Widerspruch erhoben hat. Die Commission hat nach mehreren Richtungen hin trotz des entschiedenen Widerspruchs der Regierungsvertreter die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit erheblich kürzer gezogen. Es ist beschlossen worden, daß die Offiziere u. d. nur dann der Militärgerichtsbarkeit unterliegen sollen, wenn sie entweder im activen Heere vorübergehend wieder Verwendung finden, oder wenn es sich um Vergehen wegen Zweikampfes handelt. Ferner wurde die Militärgerichtsbarkeit für alle Militärpersonen soweit eingeschränkt, daß sie den bürgerlichen Gerichten unterstellt werden sollen, wenn es sich um Zivilverhandlungen gegen die Finanzgehalte etc. handelt. Ein weitergehender Antrag des Centrums über die Ausdehnung der Competenz der bürgerlichen Gerichte bei von Militärpersonen begangenen Verbrechen wider die allgemeinen Strafgesetze wurde fürs erste zurückgezogen.

Die Forderung, die Militärgerichtsbarkeit weitgehend zu beschränken, ist sehr alt, und wir dürfen heute ein Jubiläum dieser Forderung begehen. Es sind jetzt gerade 90 Jahre her, seit Friedrich Wilhelm III., nach dem Zusammenbruch des preussischen Armeesystems, an den Justizminister v. Schrötter und an den Generalauditeur v. Könen eine vom 21. Januar 1808 datirte Cabinetsordre richtete, in der er die Frage aufwarf, ob die Militärgerichtsbarkeit künftig nicht bloß auf Dienstvergehen und Dienstvergehen einzuschränken sei; diese Einschränkung finde bereits in England und Frankreich statt und könne der neuen Organisation der Armee, nach der jeder Unterthan ohne Unterschied des Standes zum Militärdienst verpflichtet werde, zu entsprechen. Der König ertheilte den Befehl zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, durch den die Beschränkung der Zuständigkeit der Militärgerichte durchgeführt werden sollte. Für die Reform traten Stein, Scharnhorst und Justizminister v. Schrötter ein. Dieser erklärte in seinem Gutachten, daß die bisherige Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten bis auf die Dienstvergehen den Civilgerichten zu übertragen, nur die kleinen gemeinen Diebstähle unter 5 Thaler an Werth und die kleinen Betrügereien von gleichem Object zu den Disciplinargesetzen zu rechnen und deren Befragung den Militärbehörden zu überlassen sei, da auch das allgemeine Strafgesetz sie nur polizeimäßig gerügt wissen wolle. Bald aber gewann die reactionäre Partei die Oberhand und der Entwurf der Militärgerichtsbarkeit scheiterte ebenso wie der später von dem Generalauditeur Dr. Karl Friccius entworfene. Dieser, der Jahrzehnte lang preussischer Generalauditeur gewesen ist, galt nicht nur als der beste Kenner des Militärrechts, sondern er war auch ein vorzüglicher Offizier, der selbst an der Spitze der ostpreussischen Landwehr in der Schlacht von Leipzig das Grimmalde Thor

gestürmt hat. Friccius hat einen Entwurf eines „Deutschen Kriegsrechtes“ ausgearbeitet und mit einem umfangreichen „Rechtfertigungsbericht“ versehen. Er macht darin einen Unterschied zwischen Kriegsverbrechen und gemeinen Verbrechen, und er sagt in § 154, daß jedes gemeine Verbrechen vor die bürgerlichen Gerichte gehöre. Der Entwurf von Friccius fand keine Anerkennung, aber die von ihm aufgestellten Forderungen waren damit nicht beseitigt. Auch der deutsche Reichstag erklärte am 5. März 1870 mit großer Mehrheit, daß die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf Dienstvergehen der Militärpersonen beschränkt werden müsse, und zu den Antragstellern gehörte der frühere Justizminister v. Bernuth.

Daß eine Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, wie der Entwurf der Regierung sie festsetzen will, geboten ist, wird kaum irgendwo bestritten werden, da besonders die Vermehrung der nicht mehr dem activen Heere angehörigen und in bürgerlichen Verhältnissen stehenden Militärpersonen vor die Militärgerichtsbarkeit schon oft zu den größten Unzulänglichkeiten Anlaß gegeben hat. Erst kürzlich wurde berichtet, daß ein bürgerliches Gericht sich gegenüber einem Redacteur, der wegen einer Uebertretung angeklagt war, unzuständig erklären mußte, weil der Redacteur als Offizier der Militärgerichtsbarkeit unterstand. Dieser Fall steht keineswegs allein da. Es ist auch vorgekommen, daß ein Pferdehandwerker, der verurteilt war, den Schmutz von den Säulen wegräumen zu lassen, vor dem Gericht, bei dem er angeklagt war, die Erklärung abgab, diese Angelegenheit zu beurtheilen sei nur das Militärgericht zuständig, da er Major sei. Militärgerichte haben auch die Frage zu prüfen gehabt, wie ein Gutsbesitzer wegen Mißverfälschung zu verurtheilen sei, da der Gutsbesitzer Reserveoffizier war. Bei dem Fall Koke haben selbst conservative Blätter zugegeben, daß zur Beurtheilung dieser Sache das bürgerliche Gericht geeigneter gewesen wäre als das Militärgericht. Die Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, wie sie von der Commission des Reichstages beschlossen wurde, wird man schwerlich als übermäßig und mit der Disciplin des Heeres nicht im Einklang stehend bezeichnen können. Trotzdem wird es bis auf weiteres als zweifelhaft gelten müssen, ob auf dieser Basis eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag zu erzielen sein wird.

Deutschland.

Ein Diplomat über die Drenfus-Affaire.

Der Berliner Correspondent des „Budapester Hirap“ hatte mit einem sehr hochgestellten Diplomaten in Berlin, wie das Blatt berichtet, eine eingehende Unterredung. Der Diplomat erklärte u. a., daß niemand mehr in Paris die Annahmen glaube, welche über Deutschlands angebliche Beziehungen zu der Drenfus-Affaire colportiert worden seien. Der Ministerpräsident Méline habe sich dem deutschen Botschafter Grafen Münster gegenüber, als ihn dieser im Auftrage des deutschen Kaisers in der Angelegenheit befragte, entschuldigt. Weiter erklärte der Diplomat, die Angelegenheit sei eine rein antisemitische und nach seinen persönlichen Empfindungen halte er Drenfus für nicht schuldig. Rußland sei seiner Meinung nach ebenso wenig an der

Sache Drenfus theilhaft; Casimir Periers Rücktritt hänge auch nicht damit zusammen, denn dieser sei wegen ununterbrochener Zwistigkeiten mit den Ministern erfolgt; die Gemahlin des Präsidenten hätte zu Duzenden Drohbriefe erhalten. Der Präsident Faure verhalte sich äußerst vorsichtig und dürste sich nicht einmal im intimsten Privatverkehr über die Sache äußern. An einen plötzlichen Umschwung im Frankreich glaube er nicht. Méline sei sehr stark und alles, was man vielleicht heute bei der Regierung und ihren Anhängern noch nicht versteht, geschehe wegen der kommenden Wahlen, für die Méline, äußerst thatkräftig wie er sei, alles dränge, um die Wahlen persönlich zu leiten und zu siegen.

Wie dem „B. Z.“ von gut unterrichteter Seite aus Brüssel gemeldet wird, verlautet dafelbst, daß die dort untergebrachten Papiere des Obersten Picquart 18 Briefe des Generals Gonse enthalten, welche beweisen, daß im Oktober 1896 die Verhaftung Esterhazys wegen des Bordereau bereits beschlossen war, als General Boisdeffre intervenirte und eine andere Wendung herbeiführte. Das Actenmaterial enthält noch andere Briefe von Generalstabsoffizieren.

Die Socialpolitik des Grafen Posadowsky.

Das „vertrauliche“ Rundschreiben des Reichskanzlers an die verbündeten Regierungen in Sachen der Coalitionsfreiheit der Arbeiter hatte eine Reihe von Fragen gestellt, um deren Beantwortung der Reichskanzler, als dessen Vertreter Graf Posadowsky agirt, ersucht hatte. Man mußte also annehmen, daß die Reichsregierung ihre künftigen Entscheidungen von dem Inhalt der Antworten abhängig machen wolle. Die Erklärungen des Grafen Posadowsky im Reichstage haben aber bewiesen, daß er für seinen Theil jetzt schon zu einem gesetzgeberischen Eingreifen entschlossen ist und daß das Material, dessen Beschaffung er von den Regierungen verlangt, die Maßregeln, die er im Auge hat, begründen soll. Die Unbefangenheit, mit der der Staatssecretär im Reichstage den Stimmenden Anregungen gefolgt ist, könnte fast zu der Annahme führen, daß dem Staatssecretär der Rath der vertraulichen Actenstücke an die Presse erwünscht gewesen sei; der Fragesteller verwandelt sich plötzlich in ein „Manifest“ und der Staatssecretär erklärte, er werde mit diesem Manifest in der Hand in den Wahlkampf ziehen! Mit geheimen Erlässen pflegt man sonst nicht, in den Wahlkampf zu ziehen!

Im Eifer des Gefechts hat der Staatssecretär sogar Erklärungen citirt, welche Herr v. Berlepsch, der Urheber des Arbeiterschutzgesetzes, im Jahre 1891 im Reichstage abgegeben hat und hinzugefügt, Herr v. Berlepsch habe auf demselben Standpunkte wie das Reichsrecht gestanden. Aber Herr v. Berlepsch, den der Staatssecretär als Kronzeugen citirt, ist gar nicht der Ansicht, daß es bei Maßregeln der 1890 beantragten Art sein Bemühen haben solle. Hat er doch unlängst in der Zeitschrift für sociale Praxis die Nothwendigkeit nachgewiesen, gleiches Recht für die Arbeitgeber und die Arbeiter in dem Sinne zu schaffen, daß die Coalitionsfreiheit auf solche Arbeiter-Bereinigungen ausgedehnt werde, die generell für die Verbesserung der Lage der Arbeiter — nicht nur einer bestimmten Gruppe derselben — und nicht nur durch Einzelmaßregeln, sondern auf dem

Wege der Gesetzgebung und Verwaltung eintreten. Der frühere Handelsminister hat dabei nachgewiesen, daß diese engere Interpretation des § 152 der Gewerbeordnung lediglich durch Entscheidungen der Gerichte herbeigeführt worden ist. Die Absicht des Herrn v. Berlepsch trifft also mit der ersten Forderung des Antrags Pachtische zusammen. Ist Graf Posadowsky damit einverstanden?

Auf wie bedenklichen Wegen der Staatssecretär wandelt, ergibt sich am unzweideutigsten aus dem Beifall, den seine Auslassungen gerade bei denjenigen finden, die die Socialdemokratie außerhalb des gemeinen Rechts stellen möchten. Wir haben in der heutigen Morgennummer bereits mitgeteilt, wie weit sich die „Hamb. Nachr.“ in dieser Beziehung versteigen, daß ein Socialdemokrat weder Wähler noch wählbar sein solle. Sind das die Bundesgenossen, mit denen Graf Posadowsky in den Wahlkampf ziehen will?

* Berlin, 20. Jan. Von bestunterrichteter Seite erzählt der „Hamb. Corresp.“, daß eine Reise des Kaisers im Sommer nach England überhaupt nicht geplant war. Die von der „Allg. Volkstz.“ an das Unterbleiben der Reise geknüpften Gerüchte und Folgerungen entbehren daher jeder Begründung.

* [Herrzog Ernst Günther], der Bruder der Kaiserin, ist nach Schloß Prinknau in Schlesien abgereist. Der Herzog hat länger als zwei Monate in Berlin im Hotel Bristol zubringen müssen, nachdem er von dem Leiden befallen worden war, das ihn auf das Krankenlager warf. Auch zur Zeit bedarf er noch sorgfältiger Schonung.

* [Festmahl.] Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird auch in diesem Jahre am Geburtstage des Kaisers die Botschafter und Gesandten zu einem Festmahl einladen.

* [Petition einer Anwaltskammer.] Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, dahin gehend, daß die Bestimmungen der Reichs-Militärstrafprozeßordnung wegen der Vertheiligung dahin abgeändert werden möchten, daß jeder zugelassene Rechtsanwalt bei bürgerlichen Verbrechen und Vergehen von Militärpersonen zu deren Vertretung berechtigt sein solle.

* [Inchriften in russischer Schrift] kann man, wie der „Volkstz.“ geschrieben wird, am Portal der Brandenburger Kurfürstlichen Kirche und auf einer Tafel am Artillerie-Übungsschloß in Berlin bemerken. Diese Aufchriften dienen dazu, den Soldaten das Lesen russischer Schrift nach und nach beizubringen. Es sind zu diesem Zwecke an vielen Stellen Aufchriften, wie z. B. „Nach Schmerz“, „Nach Geduld“, „Nach der Ration“, „Nach der Akerne“ u. s. w. angebracht. Diese Aufschriften werden öfter gewechselt, um immer neue Buchstaben zu veranschaulichen.

* [Die Dresdener Handelskammer] hat eine Umfrage über die Vermehrung der deutschen Kriegsschiffe veranstaltet. Sämmtliche Antworten aus der Großindustrie, dem Handwerk, dem Großhandel und dem Kleinhandel sind für die Vermehrung.

Italien.

* [Die Demonstrationen in Ancona], die sich eigentlich nur als Verzeßlungskundgebungen des Hungers und ein Protest gegen die staatliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel darstellen, sind in der Stadt selbst, dank dem

Feuilleton.

Sanitätsraths Türkin. (Nachdr. verboten.)

40) Eine Kleinstadt-Geschichte von Alaus Rittlandt.

(Schluß.)

Indisch fühlte anders; sie war nicht minder glücklich, aber ihr Glück konnte sich noch nicht zum Jubel erheben — es war mehr ein Ausruhen vom Leid — ein süßes, warmes Heimathgefühl; schwer lag ihr Kopf an seiner Brust; sie schloß die Augen unter seinen Liebhosungen und ließ alles geschehen, ruhig, willenlos, vollbefriedigt. Plötzlich kam ihr der Gedanke, wer dort im Nebenimmer lag und sich nicht mehr an ihrem Glück freuen konnte. Sanft löste sie sich aus des Geliebten Armen los.

„Nimm nun zu ihm“, sagte sie, sich erhebend und führte ihn vor das blumenumdustete Todtenlager. Schluchzend beugte sie sich über den Leichnam, die gefalteten wachgelben Hände küßend. Und auch des glücklichen Mannes Augen füllten sich mit Thränen. „Er wollte es nicht glauben, daß mir auf ewig von einander scheiden konnten“, erzählte Indisch von dem Verlobten. „Wenn er dich einmal lieb gewonnen hat, dann kommt er wieder, sagte er damals, und er hat Recht behalten!“

Da war es, als ob der stille Friedensausbruch auf dem Antlitz des Todten sich zu einem milden, gütigen Lächeln verklärte.

Und wenige Stunden später, da war dieses milde Antlitz für ewig dem Licht der Sonne entrückt. Die Erde hatte ihren Zoll erhalten.

Am nächsten Morgen führte der junge Baumeister seine Braut in das kleine Fischerhaus mit der schiefen Schür. Mutter Döfers war außer sich vor Freude; wieder und immer wieder streichelte sie Indischs Wangen, nannte sie „mein süßes Döfching“, behauptete, sie habe es längst gemerkt, daß ihr Fräulein nicht von seiner Liebe

lassen könne, und dann wollte sie wissen, ob Indisch auch „Ente auf mehlensbürgische Art“, Fröhens Leibgericht, zu kochen verstünde. Indisch bat, daß Mutter Döfers sie in die Küche nehmen möchte und es wurde ausgemacht, daß sie, sobald die Pflichten, welche noch in dem verfallenen Haushalt ihrer harrten, erledigt wären, ganz zu den Schwiegereltern übersiedeln sollte.

Der alte Fischer sagte sehr wenig, aber die ganze Zeit über hielt er Indischs Hand fest in seiner derben, ausgearbeiteten Faust und dann und wann nickte er seinem Sohne freundlich schmunzelnd zu, als ob er sagen wollte: „Das hast du gut gemacht, mein Junge?“

Zwei Tage später reiste Fräulein Döfers nach Hamburg zurück, auf ein Vierteljahr. Dann wollte er wiederkehren — zur Hochzeit! Die Kunde von der Verlobung rief natürlich in Althorn und Umgebung die gebührende Aufregung hervor. Besonders warmen Antheil nahmen die Ströbrenhagener. Armgard Romin schrieb Indisch sofort ein herzliches Briefchen und bat die glückliche Braut, sich doch ihre Gratulation selbst in Ströbrenhagen abzuholen, da sie, Armgard, noch strengen Stubenarrest hätte. (Vor vier Wochen war der ermordete Erbe eingetroffen.) Am nächsten Tage wurde sie ihr einen Wagen nach Althorn schicken. Indisch folgte gern dem freundlichen Rufe. Was war da für eine Veränderung vor sich gegangen; die burschikose kleine Sportbaronin kaum wieder zu erkennen in dem langwallenden Hauskleide, ein Häubchen auf dem rothen Ausraspaar, so weich und weiblich, fast schon geworden durch den glückseligsten Ausbruch, mit welchem sie Indischs Anerkennungsworte für die Schönheit und „Strammheit“ des Kleides jappelten. „Curt Friedrich“ entgegennahm. Und der Baron, war das der gefährliche „schöne Romin“, dieser stolze, fast allzu fürsorgliche Vater, der um jede Alleinigkeit in der Kinderstube genau Bescheid wußte, und der seiner jungen Frau so jählich warm die Hand küßte, während früher seine an Armgard gewandten Liebesbezeugungen immer etwas be-

dauernswerth Flüchtiges, Mechanisches an sich gehabt hatten?

Eine große, wunderbare Veränderung! Indisch empfand es deutlich und froh: In Ströbrenhagen war das Glück eingezogen.

Etwas gemüthlicher waren die Empfindungen, welche die große Neugier in Althorn erregte. Die Fähigkeit, sich am Glück eines Nebenmenschen zu freuen, ist nicht vielen eigen. Das Unglück ruft überall eble Regungen wach — das Glück muß sich mit schwachem Applaus begnügen.

„Ja, der Baumeister hat Geschmach; dieses reizende Mädchen!“ meinte Senator Jürgens; seine Frau aber erwiderte: „Ich dachte, mit dieser Schönheit war es nicht mehr mehr her. Sie kann froh sein, daß er sie noch nimmt; aber solchen Aoketten glückt ja alles!“

„Ich gönne es ihr“, rief Frau Justizrath Aechmann und — sprach die Wahrheit. Das Eis um des dicken Affessors Herz war nämlich nun doch noch geschmolzen; bald sollten auch aus dem Justizrathshaus die schicksalsschweren gedruckten Briefchen in die Welt hinauswandern.

„Ein liebes Mädchen“, meinte Frau Gutsbesitzer Dräsel, „aber ob ihre hässlichen Kenntnisse für die Ehe ausreichen? Es ist doch ein schönes Gefühl, wenn man seine Töchter so ganz fertig für ihren künftigen Hausfrauenruf herangebildet hat; nicht wahr verehrter Herr Leutenant?“ Herr v. Langsdorf war nämlich gerade bei Dräseln zu Tisch. Er murmelte irgend etwas Bestimmendes, steckte ein großes Stück Kalbsbraten in den Mund und nahm sich vor, den Verkehr mit Dräseln künftig lieber etwas einzuschränken. Die Sache wurde b-denklich!

Pastor Döfhering fand es „bedauerlich“, daß sich die jungen Leute so direct nach dem Todesfall, am Tage des Begräbnisses, verlobt hatten, wahrlich kein geeigneter Moment!

Und die Frau Pastorin sprach der alten Tischlerfrau bei einer Begegnung mit ihrem Glücksmund zu zugleich ihr Bedauern darüber aus, „daß der Herr Baumeister leider eine sehr, sehr

schwächliche Frau bekommen würde; Indischs Mutter sei ja bekanntlich an der Schwindsucht gestorben“. Eine Thatsache, die zwar keineswegs auf Wahrheit beruhte, der guten Mutter Döfers aber doch ein paar sorgenvolle Stunden bereitelte.

Am Hauße Borkewitz nahm man die Sache ziemlich gleichgültig auf. Dort war man jetzt mit wichtigeren Dingen beschäftigt; eine vornehme Tante hatte Schwieg auf der Berliner Hochzeit kennen gelernt und sie aufgefordert, das kommende Jahr bei ihr in Dresden zuzubringen. Schwieg sollte die Hofbälle besuchen! Und in Vorahnung dieser Freuden schmeckte sie, und die ganze Familie mit ihr, jetzt schon hoch, himmelhoch über der stidigen Althorner Bürgeratmosphäre.

Die ein Hagelstich fiel die Botschaft aber in Eischen Meyers liebendes Gemüth. Zuerst gab es einen heftigen Weinkrampl; Eischen nannte den Baumeister einen „herzlosen Verräther“, wollte nichts mehr von der Villa hören, der Papa sollte sie nur verkaufen oder „den Armen schenken“; bei Tisch starrte die Aelme düster auf ihren Teller, alle Fleißchspeisen verschmähend und Abends, bis Mitternacht, las sie Senau'sche Gedichte. Aber lange hielt die Verweilung nicht an. Da kam Senator Dölmanns jüngerer Sohn aus England zurück, ein hübscher, alberner Junge, und plötzlich legte Eischen den Senau bei Seite, daß sie wieder tüchtig lach, interessirte sich lebhafter denn je für ihre Villa und vergab dem Verräther. Ja, als derselbe nach drei Monaten sein liebliches junges Weib nach Hamburg brachte und in dem Meger'schen Hause einführte, beehrte das warmfühlende „Eischen“ Frau Indisch sogar unverzüglich mit einer glühenden Badschischwärmerel.

Früh und Indisch aber merkten gar nichts, weder von dem Wohlwollen, noch von dem Mißfallen, welches sie umrandete; sie sahen in sich und um sich her nur eine Welt voll strahlenden Sonnenlächeln!

energischen Eingreifen der Behörden, unterdrückt, dagegen tritt in den Vorstädten und in der Provinz.

Man hat in Ancona unzählige Verhaftungen vorgenommen, darunter die einiger Leute, welche verdächtig sind, das Canthaus eines Getreidehändlers angezündet zu haben. Eine Barrikade, welche gestern ein Haus von Socialdemokraten und Anarchisten am Bahnhof zu errichten begann, wurde von der Polizei nach kurzer Gegenwehr wieder zerstört. Truppendetachements durchstreifen ohne Unterlaß die Straßen der Stadt; die Läden sind wieder geöffnet.

Aus Macerata wird eine Kundgebung zahlreicher Personen gemeldet, die vor das Rathhaus zogen und stürmisch eine Herabsetzung der Brodpreise forderten. Die Polizei zerstreute die Manifestanten und führte mehrere ins Gefängnis.

Auch in Senegallia begab sich Mittwoch früh eine Volksmenge vor das Rathhaus und verlangte Maßnahmen wegen des Brodpreises. Die Manifestanten erhielten eine befriedigende Antwort. Trotzdem drang ein Volkshaufe, unter denen sich besonders viele aufgeregte Frauen befanden, in den Bahnhof und die Lagerhäuser ein und plünderte die Korn- und Maisvorräthe. Truppen, welche aus Fano herbeigeordnet waren, stellten die Ruhe wieder her.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 19. Januar 1898.

Am Ministertische: Schönstedt, Dr. v. Miquel.

Die erste Etatsberatung wird fortgesetzt. Justizminister Schönstedt führt in längerer Rede aus, daß die gestern von dem Abg. Mottig (Pole) gegebene Auslegung des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch, daß danach im Jahre 1900 mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs das Anfechtungsgesetz außer Kraft trete, rechtsirrtümlich sei. Die angelegene Bestimmung des Einführungsgesetzes diene weder nach ihrem Wortlaut noch nach ihrer Entstehungsgeschichte zu der Mottig'schen Annahme einen genügenden Grund.

Abg. Schmieding (natlib.) schließt sich den Beschwerden des Abg. v. Gnern betreffend das Verfahren bei der Behandlung von Steuerdeklarationen und die vielfachen Beanstandungen an und richtet an den Minister die Bitte, Vorkehrungen zu treffen, damit die damit verbundenen Belästigungen des Steuerzahlenden Publikums vermieden werden. Bevor der Abg. Graf Limburg-Sturum ein wegwerfendes Urtheil über die Anträge, insbesondere den Dortmund-Emskanal ausspreche, solle er doch erst abwarten, wie sich die Verhältnisse dieses letzteren Wasserwerkes gestalten würden. Er stimme dieses mit dem Grafen Limburg-Sturum überein, wenn er die Finanzlage eine glänzende, aber gefährliche nennt. Es sei ein abnormer Zustand, wenn fünf Ael der sämtlichen Staatseinnahmen aus der Eisenbahnverwaltung herrühren. Der Eisenbahnminister Manbäck habe seiner Zeit bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen erklärt, auch das Verkehrsinteresse des Publikums solle durch die Verstaatlichung gewahrt werden, aber es sei bisher nichts geschehen. Der Staat sei heute hungrier auf die Eisenbahnerträge als es früher die Aktionäre der Privatbahnen auf die Dividenden gewesen seien. Sorge man auch dafür, daß nach der Wahl die Unzufriedenheit der Unterbeamten beseitigt werde.

Eingegangen ist ein Antrag Sattler, den Eisenbahnen eine besondere Commission von 21 Mitgliedern zu übermitteln.

Minister Dr. v. Miquel hat gegen eine gründliche Prüfung des Eisenbahnetats nichts einzuwenden, da er überzeugt sei, daß die erhobenen Vorwürfe sich als vollständig haltlos erweisen werden. Für die Erleichterung der Gemeindefinanzen hat man positive Vorläufe nicht gemacht. Anerkennung müsse man doch, daß bei uns den Gemeinden die gesamten Realsteuern überwiegen, eine Leistung, die noch kein anderer Staat der Welt unternommen habe. Die Ursache des kommunalen Steuerdrucks liegen in den gesteigerten Bedürfnissen der Gemeinden, die sich alles das leisten zu können glauben, was sie in anderen Ländern sehen. Was die Eisenbahnüberschüsse anlangt, so ist es von Anfang an mein Bestreben gewesen, zu vermeiden, daß Eisenbahnüberschüsse, die in Wirklichkeit gar keine Überschüsse waren, für allgemeine Staatszwecke verwendet werden. In diesem Bestreben bin ich den größten Schwierigkeiten begegnet, und ich bin gerne bereit, das den Herren in einer besonderen Commission noch klarer zu machen, womit ich aber für meine Person die Einführung einer besonderen Eisenbahn-Commission nicht empfohlen haben möchte. (Heiterkeit.) Böllig beitreten kann ich nur den Ausführungen des Abg. v. Gnern, daß bei der Führung unserer Wirtschaftspolitik eine Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft dringend nötig ist. Soweit wir der Landwirtschaft Vortheile zuwenden können, ohne andere Bedürfnisse zu schädigen, muß es geschehen. Die Anforderung, daß dies eine reactionäre Junkerpolitik sei, findet immer weniger Anhänger, und wenn sie einmal überwunden sein wird, dann wird sie auch nicht mehr wiederkehren. In diesem Sinne habe ich auch früher von einer Politik der Sammlung auf wirtschaftlichem Gebiete gesprochen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porz (Centr.): Das Centrum wird, wie schon früher, so auch diesmal gegen die Einführung einer besonderen Eisenbahn-Commission stimmen und daher den Antrag Sattler ablehnen. Aus Anlaß der Ueberlegungen in Schießen ist Staatshilfe in Aussicht gestellt; hier wäre größere Beilegung am Platze. Ein Wahlgeld ist leider dem Landtage nicht in Aussicht gestellt. Wir würden wenigstens ein Communalwahlgeld gern gesehen haben, da die Mißverhältnisse hier in Folge der Steuerreform unerträglich geworden sind. Wir werden einen Antrag in diesem Sinne einbringen. Die Errichtung einer preussischen Staatsbank beim Papst hat früher Herr v. Gnern und seine Freunde nach anfänglicher Behauptung gebilligt. Die Staatsregierung habe auch die Zweckmäßigkeit der Staatsbank anerkannt. Diese Staatsbank hat auch jedenfalls nicht den Zweck gehabt, daß zwischen dem Oberhaupt der katholischen Kirche und dem summus episcopus der evangelischen Kirche in Zukunft jede Alternative auf kirchlichem Gebiete vermieden werden sollte. Ist es doch auch vorgekommen, daß die Annäherung preussischer Prinzen einen evangelischen Geistlichen nicht abhielt, in schärfer Weise gegen die katholische Kirche sich zu äußern. Der Papst aus der Canisius-Encyclica würde auch bei uns, wie z. B. in Holland, spurlos vorübergegangen sein. Wir haben keinen Haß gegen unsere Mitmenschen und wir wissen auch das Gleiche von dem Papste, dessen friedlich angelegter Geist jedem derartigen Hass fern steht. An die von dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths Herrn Barthhausen gesprochenen Worte, welcher versichert, daß in dem Kampfe der Confessionen diejenige siegen werde, die am treuesten und festesten an ihrem Glauben hängt, knüpfe ich an, um den Anregungen entgegenzutreten, die Herr v. Gnern machte. Diesen Grundhahn haben wir schon früher von unserem vereinigten Führer Windthorst ausgesprochen gehört. (Beifall.)

Abg. Dr. Ermer (cons.) erklärt, daß nach der Ansicht seiner Freunde die Canisius-Encyclica keinen Einfluß auf die Entscheidung über die Staatsbank beim Papste habe. Auf eine Zustimmung meiner Freunde zu seinem Antrage kann Herr v. Gnern nicht rechnen. Wir wünschen alles zu vermeiden, was den Frieden der Confessionen stören kann. Auf eine Auslegung der Canisius-Encyclica und auf eine Erörterung ihrer Wirkung lassen wir uns hier nicht ein, da wir doch

von den Gegnern niemanden überzeugen würden. (Bravo rechts.)

Abg. Göttheim (Freis. Vereinig.) bemängelt es, daß im Etat die Einnahmen niedriger veranschlagt sind, als es thatsächlich der Fall sein werde. Gegen den jetzigen Voranschlag würden wir mindestens 50 bis 60 Millionen mehr Einnahmen haben. Der Zweck dieser Veranschlagung sei wohl darin zu suchen, daß der Minister möglichst große Summen zur Schuldenentlastung zur Verfügung haben wolle. Aber gerade durch das Schuldenentlastungsgesetz sei der Finanzminister gezwungen, einen etwaigen Ueberfluß in vollem Umfange zur Schuldenentlastung zu verwenden. Wenn gesagt sei, daß die Communen ihre Steuerquellen nicht genügend ausnützen, so stimme das nicht ganz, denn es blieben den Gemeinden nur wenig Steuerquellen übrig. Er freue sich, daß jetzt auch der Abg. Frhr. v. Sedlitz endlich eine Tarifermäßigung fordere, da gerade dessen Freunde stets alle Anträge auf Tarifermäßigung bekämpft hätten. Offenbar würde er in dieser Beziehung in Zukunft etwas mehr Entgegenkommen finden. Daß für die Beamten etwas geschehen sei, erkenne er an, aber das reiche bei weitem nicht aus; die beste Schuldenentlastung für den Staat seien neue Kapitalanlagen; deshalb sei der Bau von neuen Bahnliesen immer mehr zu fördern. Dadurch würde die Industrie einen großen Aufschwung nehmen, wie ja auch thatsächlich durch die Handelsverträge unsere Ausfuhr ganz wesentlich gestiegen sei. Bei der ablehnenden Haltung der Reichsregierung zu den Handelsverträgen könne eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft leider auf große Schwierigkeiten stießen. Der Minister v. Miquel habe gestern zur Zufriedenheit ermahnt, er veresse aber, daß gerade durch die zahlreichen Polizeigesetze im Interesse einer und zum Schaden einer anderen Klasse die Unzufriedenheit gesteigert wird. Die wenigen Rechte, die das Volk noch habe, würden durch Mißgriffe der Beamten geschmälert. Er sei kein besonderer Freund der Polizei, sondern halte dieselbe nur für ein notwendiges Uebel. Der Hauptgrund dieser Mißgriffe liege in der Schwebigkeit, die nicht nur keine Verbesserung, sondern eine Veräufschung der Tüchtigkeit sei. Das böse Beispiel der Landräthe und Regierungspräsidenten wirke auf die untergeordneten Organe potentirter weiter. Wie solle sich denn bei diesen Beamten der Begriff von Recht und Gerechtigkeit entwickeln? Der Minister des Innern möge in kräftiger Weise, als es bisher geschehen sei, auch den höheren Beamten zu Gemüthe führen, daß sie die Gesetze zu achten und die Rechte und Freiheiten des Volkes zu respectiren haben. Bedauerlich sei es, daß kein Wahlgeld eingebracht sei. Man brauche doch keine Erfahrungen zu sammeln, um eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen. Das jetzige Wahlgeld sei eine Caricatur. (Sehr wahr! links.) Pflicht der Regierung wäre es, die versprochene Regelung vor den Neuwahlen durchzuführen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natlib.): Die Mängel unserer Eisenbahnverwaltung können wir nur auf die Finanzverwaltung zurückführen, denn wir wissen, daß der Herr Eisenbahnminister ein tüchtiger Verwaltungsbeamter ist, der diesen Uebeln abhelfen würde, wenn es von ihm allein abhängt. Bei der Canisius-Encyclica übersteht man die Stellung des Papstes als eines weltlichen Souveräns; diesem gegenüber war in solchem Falle die Abberufung des Gefandten gerechtfertigt. In der Encyclica wird die Reformation als die höchste Steigerung der damaligen Sittenverbesserung geschildert, das muß Erbitterung bei den Evangelischen erzeugen, zumal diese Behauptung den historischen Thatfachen widerspricht. Mit den frieblichen Worten des Abg. Porz stehen die Thatfachen in Widerspruch, so die Existenz des Centrums, das ja eine Kampfpartei ist. Lassen Sie uns friebliche Thesen sehen, dann wollen wir Ihren Worten glauben. (Bravo!)

Abg. Dr. Vöhring (Centr.) erklärt es als eine historische Thatfache, daß Cuthers Auftreten die damalige Sittenlosigkeit noch steigerte; das hat Cuthers selbst anerkannt. (Widerspruch.) Dem Papst hat es jedenfalls fern gelegen, den Evangelischen von heute Förderung der Sittenlosigkeit vorzuerwerfen. Soweit das Centrum eine politische Partei ist, mußte es dies sein, in nothwendiger Folge der früheren Kirchenpolitik.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Sattler (Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine besondere 20er-Commission) wird abgelehnt.

Die üblichen Etatshefte gehen an die Budget-Commission. Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Rechnungssachen. Novelle zum Gesetz betr. polnische Ansiedelungen. Schluß 3 Uhr.

Von der Marine.

A Kiel, 20. Jan. (Tel.) Der Aviso „Pfeil“ ist bei Cindernum auf Grund gerathen. Der „Blücher“ und drei Torpedoboote sind zur Affizienz abgegangen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 20. Januar.

Im Reichstag kam man auch heute bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern über eine socialpolitische Discussion anlässlich des Posadowsky'schen Erlasses vom 11. December wenig hinaus. Die Sitzung wurde hauptsächlich ausgefüllt durch eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Frhrn. v. Stamm (Reichsp.) und seinen intimsten Gegnern, den Socialdemokraten, deren Wortführer Abg. Fischer die schärfste Tonart anwendete und zur Ordnung gerufen wurde, weil er von der Schinderhannesbrutalität der Regierung sprach, die kaiserlichen Erlasse Wahlmanöver nannte und von einer scandalösen Rechtspflege redete.

Staatssecretär Graf Posadowsky bestritt, daß die Regierung sich in den Dienst des Unternehmertums gestellt habe. Abg. Jorns (natlib.) erklärte, er halte Maßregeln zum Schutze der Arbeiter gegen den Terrorismus der Streikenden für nothwendig und beklagte den ungenügenden Vorgeschuß, worauf ihn Graf Posadowsky durch eine entgegenkommende Auskunft beruhigte.

Morgen steht die Fortsetzung der Beratung auf der Tagesordnung.

Berlin, 20. Jan. Die Commission zur Beratung der Militärstrafrechtsreform ist heute erst bis § 8 gekommen. Bemerkenswerth war, daß der Antrag des Centrumsabgeordneten Gröber, einen selbständigen Untersuchungsrichter in den Entwurf aufzunehmen, abgelehnt wurde. Der Kriegsminister v. Soltik erklärte, die bisherigen Beschlüsse hätten die Schwierigkeiten nicht vermindert. Diese berühren nicht allein die berechtigten Forderungen maßgebender militärischer Kreise, sondern auch die bisherigen gesetzlichen Befugnisse der einzelnen Bundesfürsten als Con-

tingentsherren, die nicht geneigt sind, eine weitere Verminderung ihrer Rechte zu concediren. Die Eintheilung der Armee, welche durch die Reichsverfassung begründet ist, werde durchbrochen, wenn man einen Theil ihrer Angehörigen den bürgerlichen Gerichten unterstellen könne. Ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß in der zweiten Lesung die Grundlage des Entwurfs wieder hergestellt wird.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 20. Januar.

(Fortsetzung aus der Abendnummer.) Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die Novelle zum Anfechtungsgesetz in erster Lesung. Da die Polen sich von der Debatte fernhielten, so erreichte dieselbe bei weitem nicht den hohen Grad von Leidenschaftlichkeit wie bei früheren analogen Gelegenheiten. Nach der (bereits telegraphisch mitgetheilten) Rede des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe ergriß das Wort

Abg. Jagdzewski (Pole) und giebt namens der polnischen Fraktion eine Erklärung ab, welche besagt: Wir erneuern den schon 1888 erhobenen Protest gegen diese verfassungswidrige Maßregel, gegen die gewaltsame Germanisirung und Protektantisirung von ehemals polnischen Landestheilen. Wir erblicken darin ein Mißtrauen gegen die Polen, keineswegs ein landesväterliches Regiment. Wir werden uns an der weiteren Berathung, wenn uns eine besondere Veranlassung nicht dazu zwingt, nicht betheiligen.

Abg. v. Hennebrand und der Casa (cons.) tritt entschieden für die Vorlage ein, indem er die Regierung auffordert, mit großer Strenge vorzugehen, wenn sie das Ziel erreichen wolle.

Abg. Im Walle (Centr.) bekämpft die Vorlage, welche gegen die Verfassung verstoße und das Budgetrecht des Hauses beschränke. Die früheren 100 Millionen seien vergeudet und die neuen 100 Millionen würden auch vergeudet werden. Das sei Bismarck'sche Politik und er rufe dem Fürsten Hohenlohe zu: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe.“

Minister Frhr. v. Hammerstein weist mit Entschiedenheit den Vorwurf, daß in Polen und Westpreußen kein landesväterliches Regiment herrsche, zurück. Das preussische Königthum handle noch heute so, daß jeder nach seiner Fagion selig werden könne, aber der preussische König habe auch die Pflicht, das Königthum in den Ostmarken zu schützen.

Abg. Camp (freicons.) steht durchaus auf dem Boden der Vorlage.

Abg. Munkel (Freis. Volksp.) erklärt sich gegen die Vorlage, ein wirtschaftliches Bedürfnis liege nicht vor. Auch andere Provinzen hätten eine Unterfütterung zur Kräftigung des Kleinbesitzes nötig. Mit dem Gelde sämtlicher Steuerzahler sollen einzelne Staatsangehörige ausgekauft werden. Durch solche Gesetze verleihe man nur die Segensgähe. Nur eine milde Politik vermöge den Frieden herbeizuführen.

Finanzminister v. Miquel entgegnet, die ablehnende Haltung der Freisinnigen könne nach ihrer bisherigen Stellungnahme in nationalen Fragen nicht Wunder nehmen. Der Minister erinnert an die Boycottirung deutscher Apotheken, Aerzte und Handwerker durch die Polen; die besonnenen Elemente würden durch die rabiaten terroristen, in Frankreich würde man solchen Tendenzen ganz anders gegenüberstehen. Die Regierung wolle die Deutschen stärken durch culturelle und ideelle Mittel, durch Gründung deutscher Bibliotheken, Fortbildungsschulen, durch Gewinnung der Polen für Civil- und Militärdienst u. s. w. Er wünsche, daß beide Nationalitäten sich verständigen. Die Confession habe mit dieser nationalen Frage nicht das Geringste zu thun, um so mehr rechne er auf die Unterfütterung des Centrums. Auf den blinden Freisinn dürfe man in nationalen Fragen nicht rechnen, der habe aber auf die Politik keinen Einfluß.

Nachdem noch von den Abgg. Geer (natlib.), Sattler (natlib.) und Graf Moltke (freicons.) die Vorlage befürwortet worden war und Abg. Naddyl (Centr.) gegen dieselbe gesprochen hatte, wurde sie an die Budgetcommission verwiesen. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht die Aufhebung der Amteucautionen und das Comptabilitätsgesetz.

Reichsbank.

Berlin, 20. Jan. Der „Reichsanz.“ theilt mit: In der heute abgehaltenen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende Reichsbank-Präsident Koch aus, daß sich nach der gewaltigen Anspannung am Jahresabschluß nunmehr ein starker Rückfluß bemerkbar mache, insbesondere sei die Anlage um 271 Millionen, der Notenumlauf um 168 Millionen zurückgegangen. Sei allerdings noch um 32 Millionen kleiner als im Vorjahre, aber auch die Anlage um 40 Mill. kleiner, der Metallvorrath um 26 Mill. größer als im Jahre 1897. Das Gold, welches sich seit Ende des Jahres 1896 um 88 Mill. vermehrt habe, sei auch in den letzten Wochen anscheinlich gemachsen, noch in der vergangenen Woche habe die Reichsbank 5 Mill. aus dem Auslande erhalten. Der Discant am offenen Markt sei auf 3 1/4 Proc. in Berlin gefallen.

Berlin, 20. Jan. Die officiöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Einführung eines griechischen Prinzen zum Gouverneur von Areta wurde nur die Annexion Aretas durch Griechenland einleiten, was gewiß nicht den Grundgedanken der Gerechtigkeit gegen die mohammedanische Bevölkerung der Insel und den Friedensinteressen im Orient entspräche.

Der Ausschuss der preussischen Aerzte-kammer wird am 31. Januar zur Berathung über den Ministerialerlaß betreffend den Gesetzentwurf der staatlichen Sprengerichtsbarkeit in Berlin zusammentreten.

Bei dem heute gefeierten Stiftungsfest des Vereins deutscher Studenten toastete der Rector der Universität, Schmoller, auf das weitere Ge-

beihen Deutschlands als gleichberechtigte Seemacht.

Der evangelische Oberkirchenrath wird Anfang Februar Herrn Pastor Koloff aus Pölin in Pommern nach Dar-es-Salaam senden als Pastor der Deutschen.

Paris, 20. Jan. Die Regierung wird einem Credit von 1 200 000 Francs zur Forderung des Rothlandes in Algerien verlangen.

Paris, 20. Jan. Wie der „Figaro“ meldet, hat die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, welcher bestimmt, daß der „Pavillon de Flore“ genannte Flügel der Tuilerien, worin sich das Ministerium der Colonien befindet, vom Jahre 1900 ab den fremden Gouvernoren als Residenz dienen soll.

Gladstones Befinden.

Cannes, 20. Jan. Der Zustand Gladstones giebt bei der Umgebung Anlaß zu einer gewissen Besorgniß. Obwohl Gladstone keinerlei Beschwerden fühlt, ist die Schwäche doch sehr groß.

Sola.

Paris, 20. Jan. Sola wird, wie jetzt feststeht, am 7. Februar vor dem Schwurgerichtshof erscheinen.

In dem heute abgehaltenen Ministerrath wies der Minister des Innern, Barthou, auf die in Paris und in der Provinz vorgekommenen Kundgebungen hin und gab bekannt, daß Maßnahmen zu deren Verhinderung getroffen seien, namentlich sei eine für Sonntag angekündigte große Versammlung gegen Sola verboten worden.

Danzig, 21. Januar.

[Zur Wechsel-Regulierung.] Am 23. Juli v. J. verhandelte, wie wir damals berichtet haben, das Abgeordnetenhaus über eine Petition von Familienältern (Fischern) aus Neufahr, betreffend die Schädigung der dortigen Fischer durch den neuen Weichseldurchschnitt. Das Haus beschloß, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu übermitteln mit der Maßgabe, daß die Petenten möglichst im Nahrungsstande erhalten werden. Darauf hat die Regierung jetzt dem Abgeordnetenhaus Folgendes mitgetheilt: „Aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds ist eine Summe bereit gestellt worden, um den durch den neuen Weichseldurchschnitt in ihrem Gewerbebetriebe behinderten betagten und gebrechlichen Fischern bis zum Austrag des schwebenden Verfahrens wegen Uebernahme derselben auf den Landarmenverband Unterfütterungen zu gewähren, und denjenigen Fischern aus den Ortsgemeinden an der Danziger Weichsel, welche sich Wohnhäuser an dem neuen Durchstich erbauen wollen und die Mittel dazu sonst nicht aufbringen können, geschenksweise Bauprämien und zinsfreie, allmählich rückzahlbare, hypothekarisch sicher zu stellende Darlehen zu bewilligen; endlich in besonderen Fällen auch Beihilfen in anderer Form zu gewähren. An zwölf betagte Fischer sind bereits Unterfütterungen gewährt; ferner sind in sechs Fällen Bauprämien und in drei Fällen Baudarlehen bewilligt. Im Laufe des Winters werden voraussichtlich noch in sechs weiteren Fällen Darlehen bzw. Bauprämien zur Auszahlung kommen. Die übrigen Fischer werden erst im nächsten Frühjahr mit dem Bau neuer Wohnstätten beginnen. Der Landarmen-Verband der Provinz Westpreußen hat nun neuerdings beschlossen, dem Ortsarmenverband zu Neufahr eine angemessene Beihilfe zu den Armenpflegekosten zu bewilligen.“

Am 1. Juni v. J. verhandelte das Haus über eine Petition des Rittergutsbesizers Dr. Citten zu Adlig-Dollstädt, betreffend die Regulierung des Elbingerflusses etc. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu übermitteln, daß die Interessenten der östlichen Drausenentleerung aus dem Verbanne der Weichsel- und Nogat-Regulierung entlassen werden. Diefem Beschluß hat die Regierung die Erfüllung versagt. Sie resolvirt auf denselben: „Nach nochmaliger Ermägung mußte dem bereits mehrfach geprüften Antrage nach wie vor die Berücksichtigung verweigert werden.“

[Reformirte Gemeinde.] Die Wahl eines zweiten Predigers an der hiesigen Gemeinde zu St. Petri und Pauli, die bekanntlich vom hiesigen Consistorium bereits bestätigt war, ist von einer Minorität der Gemeindeglieder angefochten worden und es liegt nun die Sache dem Oberkirchenrath vor. Seitdem tauchen in der Presse fast allmählich Meldungen und Gerüchte über angebliche Entscheidungen etc. auf. Wir glauben über die Angelegenheit recht zuverlässig informiert zu sein und haben deshalb von jenen, uns als unzutreffend bekannten Gerüchten neuerdings keine Notiz mehr genommen, denn die ganze Angelegenheit befindet sich beim Oberkirchenrath noch im Stadium der Prüfung. Allem Anschein nach wird dort die Entscheidung nicht ohne Mitwirkung des Generalsynodal-Vorstandes gefällt werden und schon deshalb wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

[Zur Witzpieler an einem Lotterieloose.] Ist nachstehender Prozeß von besonderem Interesse: Zwei in einem Dorfe Berlins wohnende Brüder B. hatten seit einigen Jahren einen guten Bekannten, Herrn C., mit einem Geschehen an einem von ihnen gespielten Viertellose der preussischen Klassenlotterie betheilig. Mündlich war vereinbart worden, daß der eine der Brüder B. die Erneuerungen zu jeder neuen Klasse und Ziehung besorgen und das Loos auch in seiner Verwahrung behalten solle. C. hatte nun seinen Antheil am Kaufpreise des Looses bis zu den ersten beiden Ziehungen der 196. Klassenlotterie bezahlt, die Bezahlung für die dritte und vierte Klasse jedoch erst nach Beginn der Ziehung der vierten Klasse angeboten, war aber, da die Zahlung zu spät erfolgte, von B. zurückgewiesen worden. Das Loos kam nun in dieser Klasse mit 75 000 Mk. heraus, und da B. die Zahlung der entsprechenden Antheile von 3946 Mk. 87 Pf. an C. verweigerte, so beschritt letzterer den Weg der Klage und erstritt auch bei der Civilkammer des Landgerichtes eine obliegende Entscheidung. Aus dem Urtheil geht hervor, daß die Gemeinschaft der Spieler für einen Witzpieler nicht dadurch verloren geht, daß er seinen Prämienantheil nicht bezahlt hat. Darauf, daß der Kläger seinen Antheil für die dritte und vierte Klasse nicht bezahlt hat, kann der Beklagte sich danach nicht stützen, es müßte denn sein, daß aus den Behauptungen desselben hervorgeht, daß das Recht des Klägers, mit-

zuspielen, abhängig gemacht war von der pünktlichen Zahlung der Prämie. Eine solche Vereinbarung hätte aber ausdrücklich geschlossen werden müssen, was aber hier nicht der Fall war. Die gegen die Entscheidung angelegte Berufung hat der Verklagte als aus-
schützendes fallen lassen.

[Danziger Filiale der Norddeutschen Credit- anstalt.] Zu der uns gestern aus Königsberg zugegangenen Meldung betreffend den Uebergang der Danziger Bankfirma Baum u. Piepmann an die Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg, werden wir ergänzend hinzufügen, dass die Herren H. C. Fürst, Frh. Piepmann und Domke-Königsberg zu Directoren ernannt und mit der Leitung der Danziger Filiale betraut worden sind.

[Straßhammer.] Ueber einen Vertrauensbruch, recht grober Art hatte gestern die Straßhammer in einer Verhandlung gegen den Cadixier Gustav Ernst Doll zu entscheiden. D., ein geborener Berliner, der in seiner Vaterstadt auch schon einige Vorstrafen erlitten hat, nahm hier im September eine Stellung bei der Actiengesellschaft vormals Fräulein u. Köhmann an, die in Schnellmühl Maschinen und Fahrräder baut. Mitte August nahm er von der Firma ein Rad für 300 Mk. auf Abzahlung, d. h. das Rad sollte durch monatliche Abzahlungen von 10 Mk. in seinen Besitz übergehen, bis zur vollständigen Tilgung des Kaufpreises sollte es aber Eigentum der Firma bleiben. Drei Abzahlungen hat D. gemacht, dann verkaufte er das Rad angeblich weil ihm der Art das Rad- fahren unterlag hatte, die Maschine für 130 Mk. kurz nachdem dies geschehen war, fehlten der Fabrik fünfzehn Rädertheile, und da festgestellt werden konnte, daß ein Pneumatik-Reifen in die Radhülle gerathen und dort verschwinden war, lenkte sich der Verdacht auf D. und es wurde in seiner Wohnung Hausdurchsuchung abgehalten. Da fand man denn eine Menge von einzelnen Fahrradtheilen, von der Centrifuge bis zum Ausleger herunter; die Sachen hatten einen Werth von ca. 110 Mk. Doll hatte nach dem Verkauf des Rades beschloffen, mit dem Material diebstahl zu begehen. Da er mit Fahrrädern gut Bescheid weiß, wollte er diese Arbeit zu Hause machen. Die Radtheile wurden der Firma wieder zugesandt, doch erliefte sie immerhin einen Verlust von 270 Mk. Doll erhielt wegen Unterschlagung und Betruges 9 Monat Gefängnis subdit.

Aus der Provinz.

3. Dr. Stargard, 20. Januar. Die hiesige Stadt- sparbank hat auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurück- blicken. Zu den am Schlusse 1896 bestehenden 718 Sparkassenbüchern sind 352 neue ausgegeben worden. Die Spareinlagen betrugen im vergangenen Jahre 308688 Mk. Der ganze Einlagebestand beläuft sich auf 429163 Mk. Der Hypothekenbestand betrug Ende 1897 224700 Mk. Gegen Wechsel und Schuldscheine stehen 134682 Mk. aus. Von dem Herrn Handelsminister wurde der in unserer Stadt neugegründeten Innungs- Creditgenossenschaft eine Beihilfe von 80 Mk. bewilligt. — Beim Fällen von Bäumen im Forst des Majorats Spengamsen verunglückte der Arbeiter Bulha aus Bönning. Ein Ast einer Tanne, die durch die fallenden Stämme entwirrt wurde, traf seinen Hinterkopf. Der Tod trat sofort ein. — Wegen Körperlicher Züchtigung von Untergebenden ist ein Corporal der hier garnisontirenden 3. Abtheilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 36 zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurtheilt worden.

Königsberg, 19. Jan. Nach einer Meldung der „A. S. Z.“ geht die ostpreussische Südbahn mit der Absicht um, die Lokalpersonalarbeit zu ermäßigen, um den Lokalverkehr zu heben. — Die ostpreussische Landwirthschaftskammer veröffentlicht das Preisaus- schreiben für die Herstellung von Schutzvorrichtungen an nicht im Fahren arbeitenden landwirthschaftlichen Maschinen für die Provinz Ostpreußen. Darin heißt es u. a.: Die Prüfung der Schutzvorrichtungen findet am Montag, den 28. Februar, in der Maschinenhalle des Königsberger Thiergartens, die öffentliche Aus- stellung der geprüften Schutzvorrichtungen am 2. März statt.

Bermischtes.

Berlin, 20. Jan. (Tel.) Einen Mordversuch beging gestern Abend hier der Conditor Frankenberg aus Ebing gegen seine ebenfalls dort ge- gebene frühere Braut, die Verkäuferin Elise Koch, welche seit Oktober in dem Fleischwarengeschäft von Deißner in der Klosterstraße beschäftigt war. Frh. Koch löste das Verlobniß, da ihr Brautigam zu eifersüchtig und jähornig war. Aus Rache ließ er ihr sein Dolchmesser wieder- holen in den Kopf, Rücken und Rücken. Drei von den Stichen sind schwer, keiner aber lebens- gefährlich. Frankenberg wurde verhaftet.

[Edisons neue Glühlampe], zu deren Construction er durch die praktische Verwendung der Röntgenstrahlen veranlaßt wurde, ist keine elektrische Glühlampe der bekannten Art, sondern eine Fluoreszenzlampe. In der Form ist sie unseren gewöhnlichen Glühlampen sehr ähnlich, da sie ebenfalls aus einer luftleer ge- pumperten Glasbirne besteht, in die die Zu- leitungsdrähte eingeschmolzen sind. „Das eigent- liche Licht wird dadurch erzeugt, daß durch den Strom eine ganz dünne Mineralschicht, die sich auf der Innenseite der Glasbirne befindet, zum Leuchten gebracht wird. Das Licht der neuen Lampe soll ungemein mild und angenehm sein, und auch in praktischer Beziehung viele Vortheile bieten, da zur Erzielung einer bestimmten Licht- menge nur etwa 1/10 der elektrischen Energie nöthig ist, die bei den jetzigen Glühlampen verbraucht wird.“

Zuschriften an die Redaction.

Unser Stadttheater.

Nachdem die Danziger Theaterverhältnisse sich im Gesamtüberblick immer unzufriedener zeigen, hat es nunmehr den Anschein, als ob diese Verhältnisse all- mählich auf eine Entscheidung hinführen, die für das Publikum wie für die Theaterleitung als gleich nach- theilig zu betrachten sein würde und der Vorbeugen im Interesse der letzteren liegen würde.

Es sei deshalb die Situation zu geben, welche auch schon in früheren Jahren zu Klagen an dieser Stelle Veranlassung gegeben hat.

Jedes Geschäft, und als solches muß auch das hie- sige Theaterunternehmen bezeichnet werden, — um so- mehr, als zum Nachtheil der rein künstlerischen Be- strebungen die geschäftliche Seite allmählich ein zu großes Uebergewicht erhalten, — kann meistens nur dann auf der Höhe der zeitgemäßen Leistungsfähigkeit bleiben, wenn es Concurrenz hat. Während man überall auf Fortschritt hinarbeitet, scheint das hiesige Stadttheater, das keine Concurrenz besitzt, neuerdings mehr und mehr künstlerisch rückwärts zu gehen. Da aber Concurrenz in allen Lebenslagen in erster Linie dem Publikum zum Vortheil gereicht, so liegt es nahe, daß hier dem Publikum Nachhilfe erwachsen muß.

Es würde jedenfalls nichts nützen, über die alten guten Zeiten auf dem Gebiet der Leistungen des Danziger Stadttheaters Coblied zu fingen, doch wären dieselben wohl berechtigt, wenn man sich demgegen- über die gegenwärtigen Verhältnisse vor Augen führt, so muß auch mit Bedauern um Ausdruck gelangen, daß eine systematische Verbildung des bisherigen guten Urtheils des Danziger Publikums eingetreten ist, daß dasselbe heute kaum noch als ein gesundes be- zeichnet werden kann. Die Theaterleitung, welche die Klagen des Publikums zweifellos nicht überhört, kann reagirt scheinbar gar nicht darauf und sagt sich nicht ohne einen Schein des Rechts: „Aber ich ernte doch Applaus?“ Zugabe! Die Ursache hiervon ist lediglich die Unfähigkeit des größten Theils des Danziger applausfähigen Publikums, Vergleiche anzu- stellen, und der Mangel an Gelegenheit, sich durch angemessene Kunstleistungen in seinem Geschmack zu bilden.

Man darf nicht zu weit im Repertoire des Danziger Stadttheaters zurückgehen, um nicht mit einem ge- wissen Schaudern an einzelne sogenannte Kunstleistungen, namentlich auf musikalischem Gebiet, zu denken, trotzdem applaudirt ein gewisses Publikum dankbar. Ist es deshalb ein Wunder, wenn die Theaterleitung mit sich und ihrem Kunstinstinkt zufrieden ist? Den Nachtheil hat aber das gesunde urtheilende Publikum und jene Kunstgemeinde alter Theaterfreunde, die nicht zu den urtheilslosen jugendlichen Applausheben gehört.

Wir haben nun in letzter Zeit eine Anzahl von Vor- stellungen gehabt, die unsere sonst so nachsichtigen Theaterreferenten zu berechtigten Äußerungen des Missfallens zwangen, und in der Oper, an gewisse Vorkommnisse anknüpfend, zu dem Resultat kommen ließen, daß die Leistungen und künstlerischen Ver- hältnisse einem Einsturz, wie das hiesige Stadttheater, nicht entsprechend seien und — „es so nicht weiter gehen können“.

Die unzureichende Befähigung einiger Fächer in der Oper ist so offenkundig, daß man es sich erübrigen kann, Namen zu nennen, schon deshalb, um nicht den Künstlern Veranlassung zu geben, sich persönlich be- leidigt zu fühlen, was ja ihrerseits so gern geschieht! Es ist an Provinzialbühnen eine große Unflut, daß die ausübenden Künstler es nicht verstehen, die Kritik von der Person zu trennen und deshalb in Entrüstung gerathen, wenn das Publikum oder die Kritik über ihre Leistungen abfällig urtheilt. Die Folge sind meistens heftige, wie auch hierorts beliebt, Rundgebungen der angeblich gekränkten Mitglieder, indem sie ver- kennen, daß solche Fachkritik die einzige Annahmestadt des wahrhaft kunstliebenden Publikums sein muß und — hoffentlich sein wird.

Kommen wir nun aber zu dem eigentlichen Ar- beitsfeld, der Oper, so hindert, eine Stellung einzunehmen, wie sie einer Stadt wie Danzig würdig ist. Ohne in den Verdacht der Bösartigkeit zu kommen, darf man wohl behaupten, daß unsere gegen- wärtige Theaterleitung an sich nicht über einen so viel- seitig ausgefallenen Fonds an künstlerischen Fähig- keiten und musikalischen Fachkenntnissen verfügt, nach dieser Richtung hin lediglich aus eigener Initiative das Erforderliche zu leisten, sondern klug handeln würde, sich auf sachverständigen Rath zu verlassen. Wäre nun der sachverständige Rath, den jede Bühne in ihrem ersten Kapellmeister besitzen muß, in Bezug auf seine Wirkung so beschaffen, daß derselbe auf die ganze Kunstleistung der Oper einen ausreichenden Einfluß, Auswirkung der Oper einen ausreichenden Einfluß, sei es hinsichtlich der Auswahl der Mitglieder, sei es auf das Repertoire, besäße, so würde der Theaterleitung und dem Publikum gleichmäßig geholfen sein. Wir haben das Fehlen dieses wichtigen Factors leider zu beklagen, jedoch wohl aus Ursachen, die weniger in der Person des Beraters liegen. Man wird vielleicht einwenden, daß die Theaterleitung sich doch alle erdenkliche Mühe giebt, um dem Publikum Novitäten vorzuführen und keine Kosten scheut, doch meinen wir, daß ein Zweifel nach dieser Richtung auch von Seiten ist. Eine ver- ständige Auswahl in Rücksicht auf die gesunde Ge- schmacksrichtung des Publikums und auf das damit verknüpfte geschäftliche Interesse wäre mehr zu empfehlen. Wir würden es für richtiger halten, gut vorbereitete Opern, wie z. B. „Figaros Hochzeit“, „Carmen“, „Cohengrin“, „Zauberflöte“, oder die guten Spielern von Lohengrin etc. und gute klassische Stücke zu geben, statt solche als Lückenbüsser, ohne ausreichende Probe und Befähigung einzuführen oder als Nachmittagsvorstellungen herunterzuspielen.

Aber auch dem Publikum darf der Bormurs nicht erspart bleiben, daß ihm die eigene Selbstachtung selb- st in Vergessenheit gerathen zu sein scheint, denn wie anders ist der sich so häufig wiederholende, peinliche Vorgang zu erklären, wenn ohne erkennbare Ursache und ohne den geringsten geäußerten Wunsch seitens des Publikums bei einzelnen Vorstellungen der Theaterleiter von seinen Mitgliedern auf die Bühne geführt wird, den Dank des Publikums für den „gebotenen Kunstgenuss“ entgegenzunehmen. Einseiner glaubt, daß derartig starke Effecte kaum künstlerisch sind, und sollte der Theaterleiter mit seiner Person

doch etwas haushälterischer umgehen. Wir stellen diese Dinge auf denselben Standpunkt, wie die Ovationen an Beneficiaren, die nur den Spott der fremden Theater- besucher herbeiführen.

Man wird nun, in nicht allzu langer Zeit, in der Stadtverordnetenversammlung wie alljährlich zu be- schließen haben über die Subvention, welche dem Stadttheater in Form von 8000 Mk. zuzufallen soll. An maßgebender Stelle wird wieder der Theaterleitung das Zeugniß der größten Kunstbefähigung ausgestellt werden. Nur frage man bei Leibe nicht die be- treffenden Coblied, wann und wie oft und welche Kunst- leistungen sie eigentlich wahrgenommen haben. Ob dann aber ein maßgebendes Urtheil resultiren darf, kann man dem Urtheil des Lesers überlassen. Anderer- seits kann man mit Recht behaupten, daß die jähr- liche Subvention des Stadttheaters von 8000 Mk. eine sehr geringe ist im Verhältniß zu anderen Städten, doch darf man dabei die Leistungen anderer Theater gleich großer Städte nicht vergessen.

Eine Besserung der gegenwärtigen Zustände würde wohl dadurch zu erzielen sein, wenn das Publikum unter Aufhebung seiner bisherigen Unbilligkeit seiner- seits energig gegen Unzulänglichkeiten und Zahllosig- keiten protestirt, was z. B. in unserer Schwesterstadt Königsberg, die mit hunderttausenden Musikanten an- gefüllt ist, in solchen Fällen wohl schon längst der Fall gewesen wäre.

Wie wir hören, beabsichtigt eine Deputation hiesiger Bürger, denen das Interesse des Stadttheaters am Herzen liegt, sich demnächst an den Herrn Ober- präsidenten der Provinz Westpreußen, Sr. Excellenz von Goltz, in dieser Angelegenheit zu wenden, der für die Kunst und unsere Provinz stets ein großes Wohlwollen gezeigt hat. Hoffen wir, daß eine auch in künstlerischer Beziehung so einflußreiche Stimme nicht ohne Wiederhall sein und dazu beitragen wird, der Provinzialhauptstadt Danzig zu einem seiner Kunst- bedeutung vollwürdigen, dem Wunsche seiner kunst- liebenden Bürgerschaft entsprechenden Theater zu ver- helfen. Ein Danziger Kunstfreund.

Schiffs-Nachrichten.

Thisted, 18. Jan. Die Bark „Hassel“ aus Farejund, mit Baumwolle, ist bei Rager gestrandet.
Suß, 18. Jan. Der Dampfer „Ralph Greyke“, von Gent mit Südgütern nach Goole, ist heute Morgen während dichten Nebels bei Brough gestrandet und ist noch fest.

Berliner Getreidebericht.

Berlin, 20. Jan. (Tel.) Der Verkehr in Getreide war heute still wie zuvor, doch die Stimmung weder für Weizen noch für Roggen matt, denn die Verkäufer bestanden auf gefällige Forforderungen und haben sie auch durchgesetzt. Heftig träge, namentlich ausländisches Ge- weächs wird mehr angeboten, als bisher. Roggen blieb unbeleibt, für 70er Spiritus loco ohne Faß, der nur spärlich angeboten wurde, erzielte man 39.30 Mk. 50er fehlte. Im Lieferungshandel ist eine Preisbesserung eingetreten.

Börsen-Depeschen.

| Berlin, 20. Januar. | | Ars. v. 19. | |
|---------------------|--------|-----------------|--------|
| Ers. n. 19. | | Ers. v. 19. | |
| Spiritus loco | 39.30 | 1880 Ruffen | 103.30 |
| — | 38.70 | 4% innere | 103.30 |
| — | — | russ. Anl. 94 | 100.10 |
| Petroleum | — | Türk. Anl. | 100.10 |
| per 200 Pfd. | — | Anleihe | 97.00 |
| 3 1/2% Rds. A | 103.40 | 5% Mexikan. | 94.40 |
| 3 1/2% do. | 103.50 | 6% do. | 98.50 |
| 3% do. | 97.20 | 5% Anat. Pr. | 97.00 |
| 4% Consols | 103.30 | 5% Ostpr. Südb. | 96.75 |
| 3 1/2% do. | 103.40 | Actien | 94.70 |
| 3% do. | 97.80 | Frankf. u. | 145.40 |
| 3 1/2% westpr. | 100.30 | Darmst. | 145.50 |
| Pfandbr. | 100.30 | Oronau-Act. | 193.25 |
| do. neue | 100.25 | Marienburg- | 193.00 |
| 3% westpr. | 93.25 | Mosk. A. | 86.90 |
| Pfandbr. | 93.25 | do. S.-P. | 121.20 |
| 3 1/2% Rds. Pfd. | 100.70 | 10. Deimähle | 102.10 |
| Berl. Gd.-Gf. | 174.00 | St. Act. | 102.25 |
| Darmst. Bk. | 158.80 | do. St. Pr. | 106.40 |
| Danz. Priv. | 158.75 | Harpener | 184.10 |
| Bank | 140.00 | Laurenhütte | 184.50 |
| Deutsche Bk. | 209.60 | Ally. Elekt. | 281.75 |
| Disc.-Com. | 202.50 | Bar. Pap.-F. | 187.75 |
| Dresd. Bank | 163.40 | Gr. B. Pierdb. | 474.75 |
| Deft. Cred.-A. | 222.90 | Deft. Noten | 170.00 |
| ultimo | 223.40 | Russ. Noten | 169.90 |
| 5% Ital. Rent. | 94.60 | Cassa | 216.70 |
| 3% ital. gar. | 94.40 | London kurz | 20.38 |
| Eisenb.-Bk. | 58.60 | London lang | 20.27 |
| 4% Rfl. Gldr. | 103.30 | Warschau | 216.30 |
| 4% Rm. Gldr. | 103.30 | Petersb. kurz | 216.15 |
| 4 Rente 1894 | 94.00 | Petersb. lang | 213.95 |
| 4% ung. Gldr. | 103.20 | | |

Lendenz: Schlusß fest. — Privatdiscont 3 1/2%.

Berlin, 20. Jan. (Tel.) Lendenz der heutigen Börse. Die malte Haltung der Pariser Börse auf die innere politische Lage und heutiges schwaches Wien drückte hier bei der Eröffnung der Börse auf die Lendenz, besonders auf den Lokalmarkt, doch blieb die herab- setzung des Disconts der Reichsbank von 5 auf 4 Proc. einflußlos. Im späteren Verlaufe hat die Steige- rung in Disconts-Commoditi befestigt. Es hieß, daß die Reife des Geheimraths Scheller von der Discont- Gesellschaft nach Petersburg mit einem Finanzgeschäft zusammenhänge. Auch verlautet, daß die ungarische Investitions-Anleihe demnächst auf den Markt kommen soll. Amerikaner, Northern Pacific und Canada auf London sehr fest. Schlusß fest. Privatdiscont 3 1/2%.

Frankfurt, 20. Jan. (Abendbörse). Deutscher Credit 300 1/2, Franco 2 1/2, Lombard 71, ungar. 4% Gldr. —, italienische 5% Rente 94.30. — Lendenz: still.

Paris, 20. Jan. (Schlusß-Cour.) Amort. 3% Rente 103.02 1/2, 3% Rente 102.50, ungar. 4% Goldrente —, Franco 73, Lombard —, Tüchen 22.22 1/2. — Lendenz: matt. — Rohwucher: loco 28 1/2 bis 29, weisser Zucker per Jan. 31 1/2, per Febr. 31 1/2, per März 32, per Mai-August 32 1/2. — Lendenz: ruhig.

London, 20. Jan. (Schlusß-Cour.) Engl. Consols 112 1/2, 3 1/2% praeft. Consols —, 4% Ruffen v. 1889 103 1/2, Tüchen 22, 4% ungar. Goldrente 101 1/2.

Heirathsgesuch.

Besser eines aussehenden Hotels nebst Conditorei mündlich beabsichtigt, die Bekanntheit einer unverheirateten, lieben und nicht unermesslichen Dame zu machen. Suchender ist 28 Jahre alt, gebildet, kath., mit hohem Gehalt. (952) Offerten bitte mit Photographie unter B. 480 an die Expedition dieser Zeitung zu richten. Ver- schwiegenheit auf Banneswort. u. B. 481 a. d. Exped. d. Zeitg.

Aegypten 107. Plach-Discont 2 1/2, Silber 26 1/2. — Lendenz: ruhig. — Havannaer Nr. 12 11 1/2. — Rübenerzucker 9 Shilling 2 Pence. — Lendenz: matt. — Petersburg, 20. Jan. Wechsel auf London 3 M. 93.75. — Remora, 19. Jan. Abends. (Tel.) Weizen er- öffnete stetig, gab dann in Folge unerwartet ungünstiger Abmelbungen im Preise nach, erholte sich jedoch später auf bedeutende Entnahmen, auf gute Plachnach- frage sowie im Einklange mit Europa und in Folge ausgedehnter Exportnachfrage. Der Schlusß war stetig. Mais befestigte sich im Verlaufe auf bedeutende Ab- nahme der Vorräthe an den Seepässen und in Folge ausgedehnter Exportnachfrage. Der Schlusß war stetig. — Newyork, 19. Jan. (Schlusß-Cour.) Geld für Regierungsbonds, Procentfuß 2. Geld für andere Sicherheit. Procentfuß 2 1/2. Wechsel auf London (60 Tage) 4.82 1/2. Cable Transfers 4.84 1/2. Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.21 1/2. do. auf Berlin (60 Tage) 94 1/2. Altimon. —, Zeehe- und Santa Fe-Actien 12 1/2. Canadian Pacific-Actien 88 1/2. Central Pacific-Actien 11 1/2. Chicago. —, Milwaukee- und St. Paul-Actien 95 1/2. Denver und Rio Grande Preferred 47 1/2. Illinois-Central-Actien 106 1/2. Lake Shore Shares 179. Louisville. u. Nashville-Actien 58 1/2. Newy. Lake Erie Shares 14 1/2. Newyork Central. 112 1/2. Northern Pacific Preferred (neue Emission) 64 1/2. Norfolk und Western Preferred (Interimsanleihe) 48. Philadelphia and Reading First Preferred 50 1/2. Union Pacific Actien 32 1/2. 4% Ver. Staaten-Bonds per 1925 129. Silber-Commerc. Bars 56 1/2. — Maaren-bericht. Baumwolle. Preis in Newyork 57 1/2, do. für Lieferung per Februar 5.65, do. für Lieferung per April 5.72. Baumwolle in New-Orleans 5 1/2. Petroleum Stand. white in Newyork 5.40, do. do. in Philadelphia 5.35. Petroleum Refined (in Cases) 5.95, do. Credit Balances at Oil City per Februar 65. — Samal. Western Steam 5.00, do. Rohe u. Brothers 5.20. — Mais. Lendenz: stetig, per Jan. 33 1/2, per Mai 33 1/2. — Weizen. Lendenz: stetig, rother Winterweizen loco 102. Weizen per Januar 101 1/2, per März 87 1/2, per Mai 93. — Getreidefracht nach Liverpool 3 1/2. — Kaffee Fair Rio Nr. 7 6 1/2, do. Rio Nr. 7 per Febr. 5.65, do. do. per April 5.85. — Mehl. Spring-Wheat clears 3.90. — Zucker 3 1/2. — Sina 13.80. — Aupler 10.85. — Chicago, 19. Jan. Weizen. Lendenz: stetig, per Jan. 91 1/2, per Mai 91 1/2. — Mais. Lendenz: stetig, per Januar 28 1/2. — Samal. per Januar 4.62 1/2, per Mai 4.72 1/2. — Speck Short clear 4.87 1/2. — Pork per Jan. 9.37 1/2.

Weizenstatistik.

| Woche | gegen | Gleiche Wochen |
|---|-----------|--------------------------|
| 15. Jan. 98 | Vormoche | 1897 1896 |
| Io. | Io. | Io. Io. |
| Die officiellen amerikanischen Bestände . . | 1 032 000 | 1 430 000 1 854 000 |
| Verladungen n. Westeurop. Häfen von Der. Staaten und Canada | 104 000 | — 7 000 83 000 |
| von russischen Häfen . . . | 46 000 | +13 000 29 000 |
| von Donauhäfen | 4 000 | — 4 000 4 000 |
| von Indien . . | — | — 3 000 — |
| von Argentinien u. verschiedenen Ländern . . | 13 000 | — 7 000 10 000 |
| zusammen | 168 000 | — 7 500 126 000 145 000 |
| seit 1. August 9. 5361 000 | +168 000 | 5 054 000 4 060 000 |
| schwebendes Quantum nach englischen Häfen bestimmt | 188 000 | — 10 000 226 000 255 000 |
| desgleichen für Ordre . . . | 430 000 | +7 000 395 000 284 000 |
| nach dem Continent . . | 280 000 | — 8 000 111 000 128 000 |
| zusammen | 898 000 | — 11 000 732 000 667 000 |
| Bestände in Häfen Englands | 335 000 | +2 000 424 000 528 000 |

Rohwucher.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)
Danzig, 20. Jan. Lendenz: matt. 8.90 Mk incl. transit franco Geb. —
Magdeburg, 20. Jan. Mittags 12 Uhr. Lendenz: still. Januar 9.25 Mk, Februar 9.27 1/2 Mk, März 9.35 Mk, Mai 9.52 1/2 Mk, August 9.67 1/2 Mk, Ohtbr. Dezember 9.55 Mk. —
Abends 7 Uhr. Lendenz: flau. Jan. 9.20 Mk, Febr. 9.20 Mk, März 9.27 1/2 Mk, Mai 9.42 1/2 Mk, August 9.60 Mk, Ohtober-Dezember 9.45 Mk.

Wolle und Baumwolle.

Liverpool, 19. Jan. Baumwolle. Umfah 10 000 B., davon für Speculation und Export 500 B. Stetig. Widdl. amerik. Lieferungen: Stetig. Januar-Februar 3 1/4, Verkäuferpreis, Februar-März 3 1/4, do., März-April 3 1/4, do., April-Mai 3 1/4, do., Mai-Juni 3 1/4, do., Juni-Juli 3 1/4, do., Juli-August 3 1/4, do., August-September 3 1/4, do., September-Oktober 3 1/4, do., Oktober-November 3 1/4, do., d. Verkäuferpreis.

London, 19. Jan. [Wollauktion.] Australische Wollse, keine Merinolorten mitunter 10 Proc. über die vorigen Schlusßpreise; Croßbrebs fester, Kap- wolle unverändert, fest.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 20. Januar. Wind: W. — Gefegelt: Franz (S.D.), Pettersson, Trellborg, Ieer. — Joppot (S.D.), Scharping, Cossmouth, Getreide. — Im Ankommen: 1 Dampfer.

Thorner Weichsel-Rapport v. 19. Jan. Wasserstand: + 0.98 Dtr. über 0, schwaches Eisstreben. Wind: S.W. — Weiter: klar, leichter Frost.

Verantwortlich für den politischen Theil, Sentenzen und Vermischtes Dr. B. Hermann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Correspondenten A. Klein, beide in Danzig.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Margarethe mit dem Gutsbesitzer Herrn Hans Neitzke erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen.
Danzig, im Januar 1898.
Frau Marie Franz, geb. Harber.
Margarethe Franz, Hans Neitzke,
Verlobte. (3474)
Danzig. Mölfin.

Die Beerdigung von F. au- lein (3477)
findet Sonnabend, den 22. d. Mts., 11 Uhr Vorm., auf dem Marienfriedhofe, Salbe Alles, von der Leichenhalle daselbst statt.

Zu Kaiser Wilhelms II. Geburtstag.

In meinem Verlage erschien die beliebte Festschrift:
Der Geburtstag Kaiser Wilhelms II. in der Schule.
— Festbetrachtung — Festspiel mit Gesang — Einzelsorträge —
verfaßt und zusammengestellt von G. E. Meyer.
Preis 25 S. — In Partien billiger.
Gegen Einfindung von 28 S in Briefmarken franco.
A. W. Kafemann.
Danzig.

Vermischtes.
Für Stellung von Trunkfrucht verließ. Anweisung nach 22-jähriger approbirt. Methode zur leitenden radikalen Be- reitigung, mit auch ohne Vorwissen zu vollziehen. — keine Berufshörung. — Briefen sind 50 S in Briefmarken beizufügen. Man abr.: Privat-Ankalt Wlla Christina bei Göttingen Baden.

Gespickte Hasen!
— Stets vorrätig. —
Rehwiß, Fasanen, Doulard, Waldschnecken, Puten, Kähnen, Capunen etc.
C. Koch, Wiltbhandlung, Gr. Wollwebergasse 26.

Zu Gelegenheitsgeheimen
eigen sich die bis auf d. Hälfte und 1/4 des Werthes zurück- gelegten Maaren (Rezeffaire), Albums, Federaltiden, Siederec. —
29 Jopengasse 29.

Möbel- und Polsterfächer- Fabrik.

Brobbänkgasse 38, vis-à-vis der Rührmorgasse. Gr. Lager in Sophas p. M. 28 an, Polsterfächer von 55 Mk an, Garnituren von 120 Mk an, Barabestühle, complet, 45 Mk u. f. m., Schränke, Verticos, Spiegel, Buffets, Sopha- Sessel- und Bauernstühle zu billigen Preisen. Nichtvorhandenes wird solid und preiswerth angefertigt. Sicheren Kunden Credit. Ver- sandt gratis.

An und Verkauf.

Einen Selbstfahrer
oder ähnliches Gefährt, eventl. gebraucht, jedoch noch gut er- halten, sucht zu kaufen (877)
Molkerei Hiesenburg.
1 Stahlb. Doggenruder, 1 1/2 J. alt, sehr machbar u. treu. Ohren- st. gelübt, mca. Blahm, verkauft. Offerten unter B. 452 an die Expedition d. Zeitg. erbeten.
Rindergärtnerin 2. Al. f. 2 Anab. f. Bureau Frauenm., Gr. Berberg 6.
Verschiedene Hausgeräthe sind i. verk. Canofuhr. Hauptstr. 37, pl. r.
Eigentisch, antik, zu verkauf. Schüsselbamm 33, parterre.

Stellen-Gesuche.

Stellenfuchende jeder Berufs placirt sich in Reuten, Bureau Dresden-Reimardstr.
Ein junger Kaufmann,
Mat. 26 Jahre alt, gegenw. in unger. Stellg., wünscht p. 1. April cr. Vertrauens- stellung am liebst. d. Zeitg. einer Cigarren-Fabrike. Ration kann gest. merb. Off. unt. Chiffre B. 484 an die Exped. d. Zeitg. erb.

Quittungsbücher,
zum Quittiren der Hausmied und
Zinsen-Quittungsbücher
à 10 Pf.
sind zu haben in der Expedition der „Danziger Zeitung“.

